

# Erpressung statt Diplomatie

## Gespräche zwischen USA und Kuba

Von Volker Hermsdorf

»Ich traue der Politik der Vereinigten Staaten nicht«, warnte Fidel Castro vor zehn Jahren nach der Aufnahme von Gesprächen zwischen Washington und Havanna über eine Normalisierung der Beziehungen. Verhandlungen »auch mit dem politischen Gegner« und eine »friedliche Lösung von Konflikten auf Basis des Völkerrechts« befürworte er zwar. Doch Zusagen von US-Regierungen sei nicht zu trauen.

Die in jahrzehntelangen Erfahrungen gewachsene Einschätzung des Revolutionsführers – formuliert in einer Phase scheinbarer Entspannung unter Barack Obama – wirkt angesichts der am Montag offiziell bestätigten Gespräche mit Vertretern des unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump aktueller denn je. Die Geschichte der Beziehungen beider Länder ist geprägt von einseitigem Druck, Drohungen und gebrochenen Versprechen.

Kubas stellvertretender Generaldirektor für US-Angelegenheiten, Alejandro García del Toro, erklärte, das Treffen in Havanna sei »respektvoll und professionell« verlaufen, keine Seite habe Drohungen oder Ultimaten ausgesprochen. Im Zentrum der kubanischen Position stand die Forderung nach Aufhebung der US-Energieblockade, einem Instrument wirtschaftlicher Erpressung, das Stromausfälle, Produktionsstillstand und Belastungen im Alltag der Bevölkerung verursacht.

Westliche Agenturen berichteten dagegen unter Berufung auf »anonyme US-Quellen«, Washington habe die Freilassung »politischer Gefangener« binnen zwei Wochen gefordert und weitere Ultimaten gestellt, darunter die Zulassung von Elon Musks Satelliteninternet »Starlink« in Kuba, Entschädigungen sowie weitgehende Wirtschaftsreformen. Laut einem US-Beamten gebe es nur ein »kleines Zeitfenster«, bevor sich die Lage Kubas »unumkehrbar verschlechtere«.

Zum Zeitpunkt der Gespräche hatten US-Medien über mögliche Angriffsplanungen des Pentagon berichtet, worauf Präsident Miguel Díaz-Canel Kubas Bevölkerung aufrief, sich auf eine eventuelle Invasion vorzubereiten. Während Havanna trotzdem Dialogbereitschaft betont, will Washington Bedingungen diktieren und Veränderungen im Inneren eines souveränen Staates erzwingen. Ob Iran oder Kuba: Diplomatie statt Drohungen ist für Trumps Regime keine Option.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521324.erpressung-statt-diplomatie.html>